

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

Sitzungstag: 09.04.2018
Sitzungsort: Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungsdauer: 16:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender
Eden, Stephan

Stellvertretender Vorsitzender
von Ewegen, Leon

Ausschussmitglieder
Rasenack, Marianne
Schüdzig, Herbert
Theemann, Hendrik
Thomßen, Almuth
Wolken, Wilfried

Vertretung für Frau Gertrud Bunjes

Verwaltung
Albers, Jan Edo Bürgermeister
Hoffmann, Jana
Jones, Stephen
Rüstmann, Dietmar

Entschuldigt waren:

Ausschussmitglieder
Bunjes, Gertrud

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Der Vorsitzende erweitert die Tagesordnung um die Punkte 16.1 bis 16.3 – Verkauf weiterer Baugrundstücke. Die Tagesordnung wird mit der Erweiterung beschlossen.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

An der Sitzung haben keine Einwohner teilgenommen.

Zuständigkeit des Rates:

**TOP 6. Verabschiedung des Haushaltes bis zum 31. Dezember des jeweiligen Vorjahres; Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.2018
Vorlage: BV/0470/2016-2021**

RF Rasenack spricht sich gegen den Antrag der CDU aus. Ihrer Meinung nach sollte alles beibehalten werden, wie es sei, da so eine bessere Planung mit konkreteren Zahlen möglich wäre.

RH Schüdzig unterstützt den Antrag, da so die Handlungsmöglichkeiten für die Verwaltung zum 1. Januar eines Jahres verbessert werden würden. Eine gute Prognose der Zahlen sei

sicher bereits im Oktober möglich. Andernfalls müsse man dies durch einen zusätzlichen Nachtrag korrigieren.

Auch **RH Theemann** spricht sich für den Antrag aus. Im diesem Jahr habe er feststellen können, dass es in den ersten Wochen keine wesentlichen Änderungen der Zahlen im Haushalt gegeben habe.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

RF Rasenack erkundigt sich danach, wieviel zusätzlicher Zeitaufwand auf die Verwaltung zukommen würde. Man müsse schließlich bedenken, dass in jedem Fall ein zusätzlicher Nachtrag nötig sei.

VA Rüstmann erklärt, dass beide Möglichkeiten für die Verwaltung machbar seien. Er wolle sich darum auch weitgehend aus der Diskussion raushalten. Die Probleme, die entstehen würden, seien aus der Vorlage zu erkennen. Wenn die Politik entscheidet, dass ausschließlich der rechtskonforme Weg gegangen werden sollte, müsste der Haushalt zum 30. November verabschiedet werden, um ihn noch rechtzeitig der Kommunalaufsicht vorlegen zu können. Das würde jedoch bedeuten, dass mit Zahlen aus Oktober in die Beratungen gegangen werden müsste, was zum Beispiel im Bereich der Gebührenkalkulationen zu großen Ungenauigkeiten führen würde. Die Konsequenz wäre dann die Notwendigkeit eines frühen Nachtrags. Er betont noch einmal, dass beide Varianten für die Verwaltung durchführbar seien. Wenn man sich aber für eine Verabschiedung des Haushaltes im alten Jahr ausspreche, sollte der eigenen Vorgabe auch entsprochen werden. So habe die Verabschiedung des Haushaltes 18 im Januar die frühzeitige Vorlage des Entwurfs und die damit verbundenen Anstrengungen der Verwaltung ins Leere laufen lassen.

Bürgermeister Albers erklärt, er habe zu Beginn seiner Amtszeit ähnliche Überlegungen angestellt, diese jedoch wieder verworfen, da die Daten, die der Verwaltung und der Politik zu solch einem frühen Zeitpunkt zur Verfügung stünden, nicht konkret genug seien. So würden die vorläufigen Berechnungsgrundlagen zum Finanzausgleich erst Mitte bis Ende November zur Verfügung stehen.

VA Theemann ergänzt, es gehe ihm nicht nur um die Zahlen, sondern auch darum, Investitionen frühzeitig im Jahr tätigen zu können.

VA Rüstmann zeigt dem Ausschuss beispielhaft auf, wie sich die Ursprungszahlen im letzten Jahr doch noch sehr stark verändert hätten, obwohl es sich nicht mal um Zahlen aus Oktober sondern aus November gehandelt habe. Demnach habe sich bei den Kanalbenutzungsgebühren eine Differenz von 100.000 €, bei der Kreisumlage von 40.000 € bis 50.000 € und bei den Schlüsselzuweisungen von 70.000 € ergeben. Sollte die Politik dem Antrag zustimmen, hieße es auch, diese Ungenauigkeiten und die zusätzliche Arbeit in Kauf zu nehmen.

RF Rasenack spricht sich dafür aus, alles beim Alten zu belassen. Zum einen habe sich dieser Weg ihrer Meinung nach bewährt, zum anderen müsse man so nicht zusätzliche Arbeit und Kosten in Kauf nehmen.

Sie stellt den Auftrag an die Verwaltung, eine Kostenermittlung durchzuführen, aus der hervorgeht, was der Stadt an zusätzlichen Kosten entstehen würde, sollte der Antrag der CDU angenommen werden.

Auch **RF Thomßen** spricht sich für den altbewährten Weg und gegen einen „vorprogrammierten“ zweiten Nachtrag aus.

Im Ausschuss verfestigt sich im Laufe der Diskussion die Meinung, eine Verabschiedung des jährlichen Haushaltes noch im alten Jahr vorzunehmen, die gesetzliche Terminvorgabe für die Vorlage des Haushaltes bei der Kommunalaufsicht jedoch großzügiger zu handhaben.

Der Antrag der CDU wird wie nachstehend abgeändert und anschließend zum Beschlussvorschlag gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung der Haushalte wird ab dem Jahr 2019 so zeitgerecht begonnen und für die Beratung zur Verfügung gestellt, dass ein Haushaltsbeschluss durch den Rat bis zum 31.12. des Vorjahres ermöglicht wird.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 4 Nein 3

Eigene Zuständigkeit:

TOP 7. Genehmigung des Protokolls Nr. 8 vom 26.02.2018 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird mit 6 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 8. Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

TOP 9. Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende regt an, die Finanzausschusssitzungen mit Betriebsbesichtigungen zu verbinden. Voraussetzung hierfür sei natürlich ein abgeschlossener Sitzungsraum. Hiermit solle der Kontakt zwischen Politik und Gewerbe gefördert werden. Die Firma Barga habe hierzu bereits eine Einladung ausgesprochen.

RH von Ewegen unterstützt diesen Vorschlag. Man müsse die Unternehmen näher kennenlernen und sich auch anhören, was diese zu sagen hätten oder sich von der Politik wünschten.

RF Rasenack äußert Zweifel daran, dass der Finanzausschuss das richtige Gremium sei, um solche Besuche durchzuführen. Sie sehe diese Aufgabe eher bei den Parteien oder dem Rat.

Bürgermeister Albers erklärt, es handele sich bei diesem Ausschuss nicht nur um den Finanz- sondern auch um den Wirtschaftsausschuss. Grundsätzlich sei er der Idee gegenüber positiv eingestellt.

Auch **RH Wolken** findet die Idee der Betriebsführungen gut, gibt jedoch zu bedenken, dass in den Sitzungen viele nichtöffentliche Punkte angesprochen würden, die lieber im Rathaus bleiben sollten.

Bürgermeister Albers ist auch der Meinung, dass es grundsätzlich ein positives Signal an die Gewerbetreibenden sei, jedoch die Vertraulichkeit im Ausschuss gewährleistet sein müsse.

RH Schüdzig macht den Vorschlag, kleineren Unternehmen, denen keine größeren Räumlichkeiten zur Verfügung stehen würden, die Chance zu geben, sich im Rahmen einer Sitzung im Sitzungssaal des Rathauses zu präsentieren.

RH Theemann ist auch der Ansicht, dass die Aufgabe, den Dialog mit den Unternehmen zu suchen, in diesem Ausschuss richtig angesiedelt sei und spricht sich für den Vorschlag aus.

RF Thomßen gibt zu bedenken, dass die großen Unternehmen bereits sehr gut mit der Politik vernetzt seien, und man darum verstärkt den Dialog mit den kleinen Unternehmen suchen sollte, um deren Bedürfnisse und Wünschen zu erfragen.

RH von Ewegen macht den Vorschlag, mehrere gleichartige Firmen, wie zum Beispiel die Fahrradgeschäfte, zusammen einzuladen.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, man solle sowohl große als auch kleine Unternehmen einladen und sich mit den jeweiligen Bedürfnissen auseinandersetzen. Er schlägt aufgrund der vorliegenden Einladung von Fa. Barga vor, mit dieser Firma zu beginnen und bittet den Ausschuss um Meinungsbildung bis zur nächsten Sitzung.

TOP 10. Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Genehmigt:

Stephan Eden

Vorsitzende/r

Jan Edo Albers

Bürgermeister

Jana Hoffmann

Protokollführer/in